

Risiken und Chancen

Welche Spuren die Corona-Krise in den öffentlichen Kassen hinterlassen wird, lässt sich seit der jüngsten Steuerschätzung erahnen. Die Anstrengungen, die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen, haben Auswirkungen auf Wirtschaftstätigkeit und staatliche Einnahmen. Auch wenn genaue Zahlen erst in der Endabrechnung feststehen werden, lässt sich schon sagen: Das Ringen um eine solidarische Finanzierung der Kosten der Krisenhilfen wird in den kommenden Monaten ein Schwerpunkt der politischen Corona-Diskussion sein.

Schon ist der öffentliche Streit darüber neu entfacht, wer welche Lasten zu tragen hat. Unternehmerverbände und das konservative Lager sprechen sich auf Bundesebene gegen höhere Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen aus; das progressive Lager wirbt für einen Lastenausgleich, der von den „starken Schultern“ zu denen umverteilt, die schon jetzt nicht viel haben. Es geht in dieser Diskussion aber nicht allein um Geld oder darum, wer wie viel zur Finanzierung beiträgt. Sondern auch um die Richtung, die mit Krisenhilfen und Konjunkturprogrammen in den kommenden Monaten eingeschlagen wird.

„Setzen wir öffentliches Geld dafür ein und ändern Regelwerke nur mit dem Ziel, die Wirtschaft lediglich wieder auf einen Stand zu bringen, an dem viele der Herausforderungen noch vor uns lägen?“, fragt Susanne Henning-Wellsov in ihrem Beitrag in dieser „Parlamentsreport“-Ausgabe. „Oder nutzen wir eine kritische Gelegenheit, um mit den Konjunkturhilfen und Fördermaßnahmen nicht nur die Corona-Krise, sondern auch zugleich diese schon ‚älteren‘ Herausforderungen zu bewältigen?“

Stichworte sind hier: Strukturwandel in der Autobranche und Zulieferindustrie, die Bewältigung der Klimakrise, die Energiewende und das Ziel, sozial und ökologisch umzusteuern. „Unser Land wird sich durch die Pandemie verändern, das birgt Risiken, aber auch große Chancen“, hat Bodo Ramelow in seiner Regierungserklärung zur Corona-Krise Anfang Mai im Landtag gesagt. Und: „Lassen Sie uns gemeinsam die Risiken minimieren und die Chancen nutzen.“ Darum wird es in den kommenden Monaten auch und gerade für die Linksfraktion im Thüringer Landtag gehen.

Ihre Redaktion



Eine Frage der Richtung

Rot-Rot-Grün verfolgt in Thüringen einen Kurs solidarischer und ökologischer Veränderung. Im Koalitionsvertrag ist vom Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem die Rede. Das ist und bleibt auch in Zeiten der Corona-Krise ein Auftrag.

Linker Ticker

Angesichts der Proteste gegen die Corona-Verordnungen warnt Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, vor dem Einfluss rechtsradikaler Kräfte. Es sei „legitim, wenn Menschen aus Verunsicherung, Angst oder Kritik an den zeitlich befristeten staatlichen Einschränkungen“ demonstrieren. Nötig sei aber „eine klare Distanzierung von Neonazis, rechten und antisemitischen Verschwörungserzählungen und der rechtsradikalen AfD. Andernfalls gerät das vermeintliche Demonstrieren für Grundrechte zur Farce“. +++ Für einen Ausbau der digitalen Instrumente der E-Democracy plädiert Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Bürgerbeteiligung der LINKE-Fraktion. Die Corona-Pandemie fordere dazu auf, „die Potenziale im Netz zur Stärkung der öffentlichen politischen Diskussion und Entscheidung“ zu nutzen. +++ Die Pläne für Überbrückungshilfen des Bundes für Studierende in Notlagen, die nach Ansicht der Bundesregierung KfW-Kredite in Anspruch nehmen sollen, stoßen auf Kritik von Christian Schaft, wissenschaftspolitischer Sprecher der Thüringer Linksfraktion: „Die Darlehenslösung ist und bleibt unzureichend.“ Schaft fürchtet, dass viele Studierende in Not nun aus Angst vor einer Anhäufung von Schulden den Überbrückungskredit nicht in Anspruch nehmen. +++ Zu mehr Anerkennung für und Unterstützung von Hebammen hat die Sprecherin für Soziales der Linksfraktion, Karola Stange, aufgerufen. Dies sei ein wichtiges Anliegen von Rot-Rot-Grün in Thüringen. Angesichts neuer Fragen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, etwa was Schutzkleidung angeht, begrüßt Stange, dass der Runde Tisch auf Landesebene reaktiviert werden soll. +++ Cordula Eger, Sprecherin für Familie und Senioren der Fraktion DIE LINKE, begrüßt den Ausbau von Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Familien in Thüringen. Dabei geht es unter anderem um Bildungsangebote für Familien und Senioren, Angebote der Familienunterstützung, Beratungsmöglichkeiten und die Interessenvertretung für Familien in der Landespolitik.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Olaf Weichler (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 14. Mai 2020

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Foto: Lukas Krause

Was Verantwortung heißt

Steffen Dittes über Grundrechte in der Corona-Krise und Anträge von FDP und AfD

Wie steht es in der Corona-Krise um die Grundrechte? Das ist alles andere als eine nebensächliche Frage, im Gegenteil. Es kommt aber auch darauf an, welche Antworten man darauf gibt.

Die FDP zum Beispiel hat einen Antrag in den Thüringer Landtag eingebracht, in dem der Schutz der Freiheit hochgehalten und die sofortige Beendigung der Einschränkungen gefordert wird, die zur Eindämmung der Pandemie verhängt wurden. Einmal abgesehen davon, dass der Vorsitzende der FDP-Fraktion sich mit Corona-Leugnern und extrem Rechten auf Versammlungen tummelt, erwecken die Freidemokraten mit ihrem Antrag teils auch den Eindruck, als würde es in Thüringen nur pauschale Verbote geben, keine zielgenauen Maßnahmen und keinen Abwägungsprozess.

Das Gegenteil ist der Fall. Dass die Corona-Rechtsverordnungen regelmäßig in kurzen Abständen nachjustiert und angepasst werden, ist Ausdruck dafür, dass Freiheitsrechte regelmäßig in Einklang mit dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung gebracht werden. Auch die Novellierung der Rechtsverordnung im Vorfeld des 1. Mai, bei der es darum ging, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit für alle Menschen in Thüringen während der Krise weiter zu stärken, ist dafür ein Beispiel.

Das im FDP-Antrag geäußerte Ansinnen, dass Einschränkungen von Grundrechten auch Gegenstand von parlamentarischen Befassungen sein müssen, teilt die Fraktion DIE LINKE im

Thüringer Landtag selbstverständlich. Falsch aber ist es, den Eindruck zu erwecken, dass die Corona-Regelungen in Thüringen im rechts- oder kontrollfreien Raum getroffen werden. Dem ist nicht so. Die Verordnungen basieren auf einer Rechtsgrundlage, die durch ein Parlament beschlossen wurde – auf dem vom Bundestag beratenen und beschlossenen Infektionsschutzgesetz.

Eine Farce leistet sich die AfD, die in der Überschrift zu ihrem in den Landtag eingebrachten Antrag das Wort „verantwortungsbewusst“ benutzt. Ausgerechnet jene Partei, die sich darin gefällt, die Corona-Pandemie herunterzuspielen und damit die Bevölkerung gesundheitlichen Risiken aussetzt.

Ein inakzeptabler Treppenwitz ist der AfD-Antrag aber auch deshalb, weil sich darin ausgerechnet jene Fraktion gegen eine Einschränkung von Grundrechten und insbesondere der Religionsfreiheit ausspricht, die in den letzten fünf Jahren dadurch aufgefallen ist, dass sie im Thüringer Landtag regelmäßig die freie Religionsausübung für Muslime beschränken wollte.

Die Debatte um die Grundrechte in der Corona-Krise ist zu wichtig, um sie extrem rechten Provokateuren und verschwörungstheoretischen Freiheitsfeinden zu überlassen. Es gehören zu ihr aber auch zwei Grundwahrheiten: Erstens, Beschränkungen von Grundrechten gibt es permanent und auch immer wieder zeitweilig, sie gelten niemals schranken- und grenzenlos. Auch

wenn in der Debatte hier oftmals ein anderer Eindruck erweckt wird. Und zweitens: Auch der Schutz der Gesundheit und des Lebens ist ein in der Verfassung verankertes Grundrecht: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“

In einem demokratischen Verfassungsstaat werden Grundrechte regelmäßig gegeneinander abgewogen, nicht erst in der Corona-Krise. Angesichts einer Pandemie dieses Ausmaßes, für die es keine Erfahrungen gibt, ist Abwägen umso schwieriger. Diejenigen, die dies in Thüringen dennoch tun, verdienen auch und gerade deshalb Respekt. Sie ringen um Entscheidungen, versuchen diese so verantwortungsvoll wie eben nur möglich zu treffen und gehen dabei auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Meinungen und ständig neue Informationen ein. Für die konkreten Folgen tragen sie dafür auch die Verantwortung. Sie tun dies alles in dem Wissen, dass Entscheidungen immer das Risiko in sich bergen, falsch sein zu können und immer wieder korrigiert werden müssen. Sie müssen damit leben, dass dies als Konzeptlosigkeit missinterpretiert wird.



Steffen Dittes ist innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Außer Haus

Wenn der Thüringer Landtag ins Stadion umziehen muss

Etwas Besonderes im Besonderen fällt zuerst gar nicht auf. Erst wenn man eine Weile den Plenardebatten zugesehen hat, rückt das wiederkehrende Bild ins Bewusstsein: Zwischen allen Redner*innen taucht eine Frau am Pult auf, desinfiziert die Ablage. Das Mikrofon trägt einen Plastiküberzieher. Abgeordnete mit Mund-Nasen-Schutz. Ein Parlament in Zeiten der Corona-Krise.

Der praktische Infektionsschutz ist nicht das einzige, was am Thüringer Landtag in diesen Tagen anders ist. Schon allein, dass das Parlament außer Haus tagt, gibt dem Ganzen einen Charakter des Außergewöhnlichen. Im Erfurter Steigerwaldstadion, nur ein paar Minuten Fußweg vom Landtag entfernt, sind die Abgeordneten in den vergangenen zwei Wochen gleich vier Mal zusammengekommen. Auf eine Sonder-sitzung mit Regierungserklärung von Bodo Ramelow folgte eine „normale“ Plenarwoche mit drei Sitzungstagen.

Normal war da nicht viel, vor allem nicht, wenn man bedenkt, dass so eine Plenarsitzung auch ein organisatorisches Großunternehmen ist. Schon unter den üblichen Bedingungen im Landtag. Da müssen Dokumente ausgedruckt, Reden geschrieben, Informationen verteilt werden. Und ein Kaffee für die Pause der Abgeordneten wäre auch nicht schlecht. Das alles zu organisieren, hatte die Geschäftsstelle der Linksfraktion jede Menge zu tun.

Eigentlich finden in der Multifunktionsarena des Erfurter Steigerwaldstadions Seminare, Messen oder Kulturveranstaltungen statt. Nun also die

Landespolitik, das Parlament ist zu Besuch. Nicht ganz freiwillig, denn es hätte eine Alternative gegeben – das halbe Parlament im Landtagsgebäude beraten zu lassen. Eine Abgeordnete der rechtsradikalen AfD verhinderte dies, was „nicht gerade billig“ wurde, wie die „Thüringer Allgemeine“ berichtet. Die Kosten für die Sitzungen „außer Haus“ in der Arena liegen bei 25.000 Euro pro Tag.

Anders konnte die Landtagsverwaltung den Infektionsschutz aber nicht sicherstellen. Es geht dabei vor allem um Abstand, und zumindest den gibt es in der Arena ausreichend. Viel Platz ist in dem großen, lichtdurchfluteten Parksaal, eine Zeitung schrieb, „entlang der Regierungsbank und dem Präsidium ließe sich locker ein 60-Meter-Lauf absolvieren“. Wie viele Meter die Frau vom Landtag wohl am Ende dieser vier Sitzungstage hinter sich gebracht hat, die nach jeder Rede Pult, Ablage und Mikrofon desinfizieren musste?

In der Thüringer Linksfraktion kennt man die Arena schon, Anfang März trafen sich die Abgeordneten und Mitarbeiter*innen dort zu einer Klausur. Von einer Corona-Krise sprach da noch niemand, aber dass die Pandemie ein großes Thema werden würde, davon hatten einige schon eine Vorahnung. Auch Bodo Ramelow, der sich tags darauf auf den Weg in Kanzleramt nach Berlin macht, um dort mit anderen Ministerpräsidenten die ersten weitreichenden Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsrisikos zu verabreden. „Wir sind hier in einen Sturm

geraten, den keiner von uns so zuvor erlebt hat“, so hat der Thüringer Ministerpräsident und LINKE-Politiker diese Situation unlängst in einem Interview geschildert.

Knapp zwei Monate nach dem Termin im Kanzleramt hält Ramelow in der Arena seine Regierungserklärung. „Die Corona-Pandemie hat uns vor die größte Bewährungsprobe seit der Wiedergründung unseres Freistaates vor 30 Jahren gestellt“, sagt er in dem Konferenzsaal, rechts von ihm weiße Tische, vor ihm weiße Tische, alles in gebühlichem Abstand. Eine Art Nachbau des wirklichen Landtags. Ein Außer-Haus-Parlament in historischen Zeiten.

Nach der Debatte zur Regierungserklärung, die – abgesehen von den rhetorischen Ausfällen der rechtsradikalen AfD – in ernsthaftem, der Corona-Krise angemessenem Ton verläuft, geht die erste Lesung des Mantelgesetzes und der Ausgestaltung des Sondervermögens zur Thüringer Krisenhilfe über die Bühne. Es geht um viel Geld, etwa eine Milliarde Euro. Geld, das als Schutzschirm für Beschäftigte, für Vereine, für die Wirtschaft, für Eltern, die Gesundheit, für Kultur dient. Bis zur Beschlussfassung über Mantelgesetz und die Ausgestaltung des Sondervermögens werden der Landtag und seine Ausschüsse noch einige Male zusammenkommen müssen.

Wann man wieder an der Erfurter Jürgen-Fuchs-Straße tagen kann, hängt nicht zuletzt vom Verlauf der Pandemie ab. Einer Pandemie, die den Landtag außer Haus geschickt hat. PR

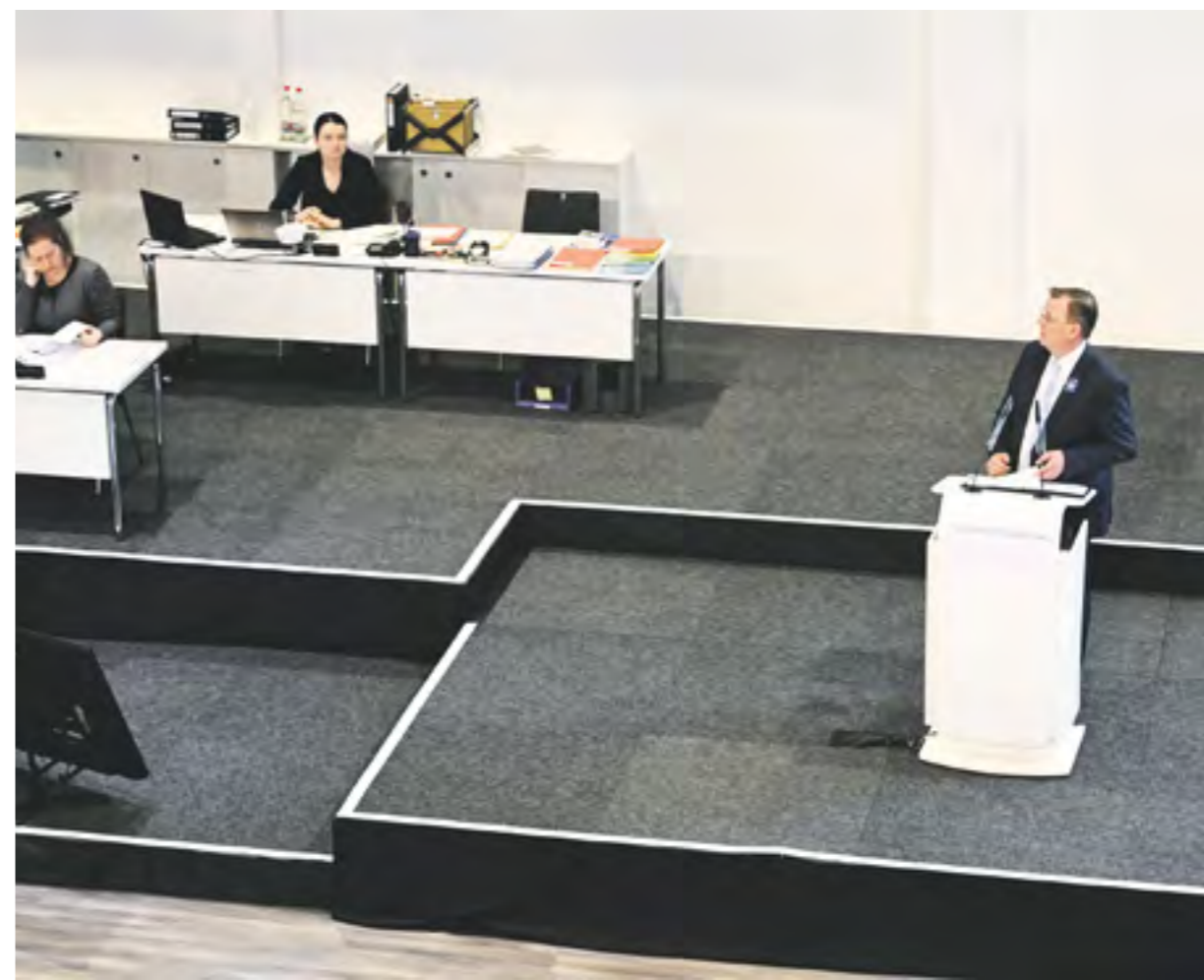


Foto: Lukas Krause

Erfahrungen mit Umbrüchen

Bodo Ramelow über die Corona-Pandemie

Viele Menschen in unserem Land sind erinnert an das Jahr 1990, in dem der Aufbruch korrespondierte mit der Erfahrung von Arbeitslosigkeit und sozialer sowie ökonomischer Sorge. Die Thüringer Landesregierung hat sehr schnell auf die Situation reagiert und frühzeitig und unbürokratisch mit dem Aufbau des Schutzschirms für die Thüringer Wirtschaft und die gemeinnützigen Einrichtungen begonnen.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass sich viele Menschen in unserem Land, die den gesellschaftlichen Neuanfang von 1990 erlebten und die Nachwendzeit gestaltet haben, angesichts der Krise an die sozial und ökonomisch schwierigen frühen 1990er Jahre erinnert fühlen könnten. Verglichen mit der Neugründung unseres Freistaates vor 30 Jahren steht Thüringen heute gut da. Durch vorausschauendes Handeln sind wir gerüstet, die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern.

Es heißt immer, dass sich in Zeiten tiefer Krisen die schlechtesten und die besten Seiten einer Gesellschaft zeigen. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen davon gesprochen, dass wir in dieser schweren Zeit der Pandemie viel haben lernen müssen in zum Teil sehr schmerzhaften Prozessen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir zugleich viel haben lernen dürfen: Über Solidarität, Hilfsbereitschaft, über ein weit über das normale Maß hinausreichendes berufliches Engagement, und auch über die Leistungsfähigkeit der oft gescholtenen öffentlichen Verwaltung.

Natürlich wittern auch in dieser Krise populistische Eiferer und Verschwörungstheoretiker ihre Chance, ihre kruden Botschaften unters Volk zu bringen. Dem müssen und werden wir uns entgegenstellen. Trotzdem: Bei Betrachtung der Gesamtlage ist mein Befund eindeutig: Die guten Seiten überwiegen deutlich. Das enthebt uns nicht von weiteren Anstrengungen, das entschädigt nicht für alle Belastungen.

Unser Land wird sich durch die Pandemie verändern, das birgt Risiken, aber auch große Chancen. Lassen Sie uns gemeinsam die Risiken minimieren und die Chancen nutzen. Jetzt heißt es für uns, Politik wie Wirtschaft, unsere große Erfahrung mit Umbrüchen zu nutzen, um mit Mut und Innovationen mittel- und langfristig gestärkt aus der Krise zu gehen.



Aus der Regierungserklärung vom 8. Mai 2020. Bodo Ramelow ist Ministerpräsident von Thüringen und Abgeordneter von DIE LINKE im Landtag.

Eine Richtungsentscheidung

Die Corona-Krise, die Thüringer Wirtschaft und der sozial-ökologische Wandel. Von Susanne Hennig-Wellsov

Weltökonomie und hiesige Wirtschaft erleben derzeit einen historischen Einbruch. Wie lange dieser anhält und mit welchen regionalen Folgen, ist nur schwer abzusehen. Mit Blick auf Thüringen konstatiert das Institut Prognos eine im Vergleich zu anderen Regionen stärkere Betroffenheit von der Corona-Krise. Grund: Unter anderem ein starkes Gewicht der Vorleistungen und Investitionsgüter (Metall- und Elektroindustrie, Chemische Industrie, Maschinenbau, Fahrzeugbau). In Ostdeutschland hat Thüringen mit 24 Prozent einen überdurchschnittlichen Beschäftigtenanteil in Branchen mit hoher Betroffenheit.

Schon jetzt geht es also auch um die Frage des ökonomischen „Wiederaufbaus“. Dabei wird auf zwei zentrale Punkte verwiesen: Erstens: was in der Corona-Krise an ökonomischen Problemen zum Ausdruck kommt, hat teilweise seinen Ursprung vor Ausbruch der Pandemie. Für Weltwirtschaft und Ökonomie in der Bundesrepublik hatte es bereits 2019 deutliche Signale einer Abkühlung, wenn nicht sogar der anstehenden Krise gegeben.

Ein zweites Problem liegt in der Frage, ob eine „Strategie der Rückkehr“ oder der bloßen Wiederherstellung des Vor-Corona-Standes wirtschaftspolitisch und gesellschaftspolitisch überhaupt sinnvoll ist. Schon vor der Pandemie-Krise galt ein umfassender Strukturwandel vor allem in verschiedenen industriellen Sektoren als anerkannte Herausforderung. Stichpunkte sind hier Klimakrise, Wandel im Mobilitätsbereich, Digitalisierung, Umbau der energetischen Basis usw.

Daran zu erinnern, ist keineswegs nur eine linke Spezialität. Die Nationalakademie Leopoldina formuliert: „Alle politischen Maßnahmen, die nicht der unmittelbaren Rettung von Unternehmen dienen, müssen sich auf nationaler wie internationaler Ebene an dem Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren... Der Aufbau einer klimafreundlichen Wirtschaft und eine konsequente Mobilitäts- und Landwirtschaftswende setzen wesentliche Impulse für Innovation und Wachstum.“

Auch Maja Göpel, die Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen, und Achim Truger, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, warnen davor, „bei der Frage nach den besten Exit-Strategien“ nicht Fragen der Nachhaltigkeit aus dem Blick zu lassen. Es gehe um „klare Ziele von Gesundheit und Ressourcenschutz bis Bildung, Gerechtigkeit und Kaufkraft“. Solche Indikatoren sollten nach Ansicht der beiden Experten nun stärker berücksichtigt werden, es gehe „um einen neuen Gesellschaftsvertrag, der den Schutz gefährdeten Lebens heute mit Schutz für faires Zusammenleben morgen und Schutz stabiler Lebensgrundlagen übermorgen kombiniert“.

Eine solche Orientierung kann durchaus die Eigeninteressen von Un-

ternehmen und die gesellschaftlichen Interessen zusammenführen. Es geht im Grunde um die Frage, ob wir durch Konjunkturlösungen und Fördermaßnahmen nur die Wiederherstellung eines vorigen Standes erreichen wollen, oder ob im Zuge des „Wiederaufbaus“ zugleich die schon länger bekannten Herausforderungen angepackt werden.

Oder anders formuliert: Setzen wir öffentliches Geld dafür ein und ändern Regelwerke nur mit dem Ziel, die Wirtschaft lediglich wieder auf einen Stand zu bringen, an dem viele der Herausforderungen in Sachen Strukturwandel und ökologischer Umbau noch vor uns lägen? Oder nutzen wir eine kritische Gelegenheit, um mit den Konjunkturlösungen und Fördermaßnahmen nicht nur die Corona-Krise, sondern auch zugleich diese schon „älteren“ Herausforderungen zu bewältigen?

Es liegt in zweiter Variante die Chance einer Win-Win-Situation. Nochmal Göpel und Truger: Eine kluge Kombination wirtschaftswissenschaftlicher Konzepte und wirtschaftspolitischer Instrumente könnten „ein Wirtschaftswunder 2.0 freisetzen, das kurzfristigen Stabilitätsgewinn mit langfristiger Versorgungssicherheit kombiniert“. Auch in der Zivilgesellschaft und mit Unterstützung von Unternehmen wird auf einen über die Corona-Krise hinausblickenden Fokus gepocht.

Eine solche Richtungsentscheidung dürfte unter dem Strich auch für die öffentlichen Haushalte billiger sein. Es bringt eher unternehmerische und gesellschaftliche Interessen zusammen. Es ist nicht nur umweltpolitisch, son-

dern vor allem arbeitsmarktpolitisch nachhaltiger. Und es entspricht eher den im Koalitionsvertrag vereinbarten Zielsetzungen.

Rot-Rot-Grün in Thüringen hat Ziele vereinbart, die durch neue Umstände (Corona-Krise) keineswegs überholt sind, sondern im Gegenteil: die gerade jetzt verfolgt werden sollten, um nicht nur die Folgen der Pandemie, sondern schon vorher bestehende Herausforderungen (Strukturwandel, Klimakrise) zu bewältigen.

Das alles ist kein bloßer Wunschzettel, sondern es hat bereits die Umsetzung begonnen. Nur ein Beispiel: Die Landesentwicklungsgesellschaft hat eine Website der „Koordinierungsstelle Transformation“ an den Start gebracht, die Informationen rund um den Strukturwandel des Thüringer Automotive-Sektors zusammenfasst. „Globale Veränderungen der Märkte, neue Technologien, Digitalisierung, gesellschaftliche Entwicklungen und politische Vorgaben führen zu immer kürzeren Innovationszyklen bei Fahrzeugen und Mobilitätsangeboten“, heißt es da. Und werde hier - für Thüringen vor allem entscheidend - „in den vorgelagerten Zulieferbranchen langfristig Erfolg haben will, muss seine Produktionsprozesse, Produkte und Geschäftsmodelle daher ständig hinterfragen und seine Kompetenzen wie auch das Produktportfolio im Kontext aufkommender Trends weiterentwickeln“.

Auf diesem vom Koalitionsvertrag vorgezeichneten Weg sollten wir bei Berücksichtigung der neu hinzugekommenen Herausforderungen weiter-

gehen. Im Koalitionsvertrag wird unter anderem von der Begleitung des Strukturwandels gesprochen, die sich an den Kriterien Guter Arbeit orientieren soll. Industriepolitisch wird auf die Ermöglichung einer klimaneutralen und einer dem Menschen dienenden Wirtschaft orientiert, ein Dreiklang aus der Vereinbarkeit von Ökonomie, Ökologie und dem Sozialen solle sich in allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Landesregierung widerspiegeln.

Die Unterstützung von Initiativen zur sozial-ökologischen Umgestaltung der Wirtschaft und die Prüfung eines Transformationsfonds zur sozialen Abfederung der Umwandlung von Industriestandorten sind ebenso im Koalitionsvertrag verzeichnete Ziele wie die Förderung von neuen, zukunftsfesten Arbeitsplätzen. Dies soll in enger Kooperation mit Gewerkschaften und anderen Partner*innen geschehen. Auch würde durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe gerade die für das produzierende Gewerbe in den wichtigsten Thüringer Sektoren wirkende Abhängigkeit von weltwirtschaftlichen Entwicklungen gemindert. In diesem Rahmen wären jetzt unsere konkreteren Vorstellungen für Konjunkturlösungen zu formulieren.



Susanne Hennig-Wellsov ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und des Landesverbandes der Linkspartei. Eine Langfassung des Beitrags findet sich auf ihrer Website unter: susannehennig.de



Foto: Michal Jarmoluk / Pixabay

DGB verlangt klare Regeln

Kommt nun eine Welle von Verstaatlichungen? Beim gewerkschaftlichen Dachverband glaubt man das nicht. „Dennoch ist bemerkenswert, dass in der politischen Debatte vielmehr über das Wie als über das Ob von Staatsbeteiligungen geredet wird“, heißt es beim DGB. Hintergrund: Als im vergangenen Jahr Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier von der CDU „zur Wahrung der technologischen Souveränität Deutschlands“ befristete staatliche Beteiligungen vorschlug, wurde er dafür noch scharf aus dem Lager von Unternehmenslobby und Wirtschaftsliberalen attackiert.

„In der aktuellen Krise gibt es keine vergleichbare Grundsatzkritik mehr. Entscheidender Unterschied ist das Kleingedruckte“, so der DGB nun. „Wenn man genau hinsieht, fordern Wirtschaftsvertreter und Manager unisono, dass im Falle einer Beteiligung keinerlei Mitspracherechte für den Staat entstehen sollen. Vielfach ist sogar von stillen Beteiligungen die Rede.“ Einmal mehr werde getreu dem interessengeleiteten Motto, laut dem der Staat „nicht der bessere Unternehmer“ sein soll, eine „politische Einflussnahme“ durch Rettungsstaatlichkeiten verhindert werden.

Auch gegen klare Bedingungen für den Fall eines Einstiegs der öffentlichen Hand wird sich gewehrt: Dass begünstigte Unternehmen nach dem entsprechenden Stabilisierungsfondsgesetz „einen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen“ leisten sollen, „spielt für diese Akteure offenbar keine Rolle“, beklagen die Gewerkschaften. Und dass die Steuerzahler*innen ohne entsprechende Regelungen womöglich Dividenden und Managerboni finanzieren, halten manche sogar für ein „stabilisierendes Signal an die Finanzmärkte“. Das bringt den DGB richtiggehend auf die Palme: „Konsequent weitergedacht, zahlt dann der Beschäftigte im Falle einer Restrukturierung mit seinen Steuern die eigene Kündigung, während Dividenden abgesichert bleiben. Das klingt dann doch eher wie ein Stück aus dem Tollhaus.“

Für die Gewerkschaften bleibt klar: Beteiligung der öffentlichen Hand an einem in die Krise geratenen Unternehmen ja, aber nicht ohne Mitsprache und verbindliche Kriterien. Vergessen werden dürfe auch nicht, dass „viele Unternehmen nicht erst seit Corona vor einem rasanten Strukturwandel“ stehen, „der ihre Geschäftsmodelle radikal ändern wird“. Hier könnte nach Ansicht des Gewerkschaftsbundes „in einer nächsten Phase ein weiter gedachter Stabilisierungsfonds zur Förderung der Transformation und zur Sicherung von tarifgebundenen Arbeitsplätzen eingesetzt werden“. PR

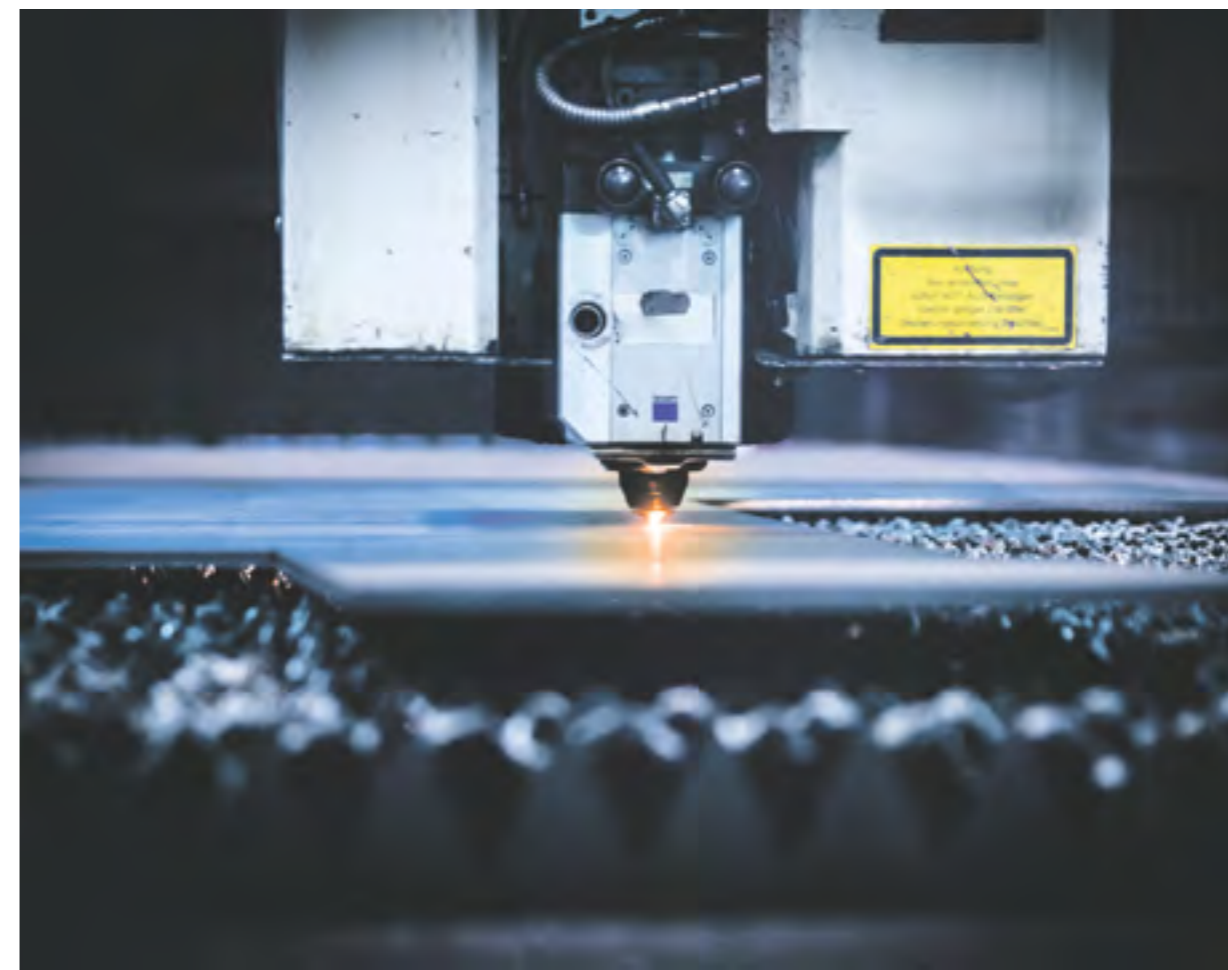


Foto: Michal Jarmoluk / Pixabay

Öffentliche Schutzhand

Nur retten? Oder auch umsteuern? Debatte über Staatsbeteiligungen

Soll sich der Staat an wichtigen Unternehmen beteiligen, wenn diese durch die Corona-Krise in wirtschaftliche Schieflage geraten sind? Die Debatte hat bundespolitisch in den vergangenen Wochen einige Wellen geschlagen.

Auf dem politischen Spielfeld stehen sich dabei grob skizziert drei „Manschaften“ gegenüber: Erstens Ökonomen*innen und ein Teil der Politik, die für staatliche Krisenbeteiligungen werben, wobei der Status-quo-Erhalt im Vordergrund steht. „Als ultima ratio“, hieß es im März auch von sieben führenden Wirtschaftsforschungsinstituten, sei „auch an Maßnahmen zu denken, bei denen sich der Staat mit Eigenkapital an Unternehmen beteiligt“. Firmen sollen so vor dem Untergang oder ausländischen Übernahmen gerettet werden, die öffentliche Hand soll aber nur wenig Einfluss auf die Unternehmenspolitik nehmen, und sich schnellstmöglich wieder von den Anteilen trennen.

Andere sehen in Rettungsbeteiligungen eine Möglichkeit, gesellschaftliche Ziele zur Geltung zu bringen: Wenn der Staat schon helfend einsteigt, sollte dabei auch die Möglichkeit bestehen, im sozialen und ökologischen Interesse mitzureden. Hieran anschließend wird darüber hinausgehend als Antwort auf die Corona-Krise auch eine Strategie der Vergesellschaftung bestimmter Bereiche vorgeschlagen.

In den Medien erhält vor allem Letzteres heftigen Gegenwind. „Ist das Coronavirus der Anfang vom Ende der Marktwirtschaft?“, so lauten dann Schlagzeilen. Oder: „Die Seuche besie-

gen wir nicht mit Sozialismus – nach der Corona-Krise braucht es weniger Staat und nicht mehr.“

Hintergrund ist unter anderem, dass die Bundesregierung den Aufbau eines Wirtschaftstabilisierungsfonds mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro beschlossen hat. Der Staat kann sich über diesen Fonds an Großunternehmen aller Branchen beteiligen. Voraussetzung: Die Firma hat mindestens 250 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt und eine Bilanzsumme mindestens 43 Millionen Euro im Jahr. Außerdem dürfen die Unternehmen nicht schon vor der Corona-Krise in Schwierigkeiten geraten sein.

Die Diskussion hat auch in Thüringen eine Rolle gespielt. Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag, hatte Ende März vorgeschlagen, wenn andere Instrumente nicht greifen, „Formen von staatlichen Beteiligungen an Unternehmen“ zu nutzen, „um die Insolvenz von strategisch wichtigen Unternehmen für Thüringen in Folge der Corona-Krise zu vermeiden“. Es gehe darum, „langfristig Arbeitsplätze zu sichern“, so Schubert. Im Zusammenhang mit staatlichen Beteiligungen solle zudem die Wirtschaftsdemokratie weiter vorangetrieben werden: gute Arbeit mit guten Löhnen, mehr Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten.

Thüringens Finanzministerin Heike Taubert von der SPD hatte darauf mit den Worten reagiert, „das ist nicht meine bevorzugte Variante“. Schon zuvor hatte sich allerdings das SPD-geführte Wirtschaftsministerium in Erfurt zu

Wort gemeldet und erklärt, die Einrichtung eines „Thüringen-Fonds“ zumindest zu erwägen. Mit diesem Fonds könnten vorübergehende Beteiligungen an strategisch wichtigen Unternehmen eingegangen werden. Der linke Wirtschaftspolitiker Schubert hat in diesem Zusammenhang auf die Bundesebene verwiesen. Der dort installierte Wirtschaftstabilisierungsfonds habe nicht zuletzt „solche Firmen im Fokus, deren Bestandsgefährdung erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, die technologische Souveränität, Versorgungssicherheit, kritische Infrastrukturen und Arbeitsmarkt“.

Eine Novität wären staatliche Beteiligungen auch in Thüringen nicht. Das Land hat bei zwölf größeren Firmen im Freistaat „als Mehrheitsgesellschafter das Sagen“, so die Nachrichtenagentur dpa. Mit dabei sind unter anderem Beteiligungen an der Messe und am Flughafen in Erfurt; an der Thüringer Aufbaubank sowie der Tourismus-Gesellschaft, aber auch an Lotto Thüringen. Über Beteiligungsfonds bei der Aufbaubank hält der Freistaat zudem Anteile an Industrie-Unternehmen.

CDU und FDP in Thüringen lehnen mehr Staat in der Wirtschaft ganz grundsätzlich ab. Als sich vor einigen Wochen die Vorsitzende der LINKE-Landtagsfraktion, Susanne Hennig-Wellsov, und ihr SPD-Kollege Matthias Hey für mehr öffentlichen Einfluss aussprachen, winkten CDU und FDP ab. Hennig-Wellsov hatte unter anderem vorgeschlagen, die digitale Infrastruktur in die öffentliche Hand zu überführen. PR

„Wir dürfen Vereine nicht im Stich lassen“

Der Sportpolitiker Knut Korschewsky über Geisterspiele, Kritik an einer Lex Profifußball und warum jetzt ein Solidarfonds für die unteren Spielklassen nötig ist

Erinnerst du dich noch an deinen letzten Besuch einer Sportveranstaltung?

Das war beim Biathlon-Weltcup in Oberhof Anfang Januar. Inzwischen ist das schon eine ganze Weile her.

Hast du Sehnsucht nach Livesport, nach Stadion?

Ja, unbedingt. Nicht nur als ehemaliger Leistungssportler freue ich mich schon darauf, Sport wieder vor Ort sehen und selbst aktiv machen zu können. Als Präsident des Thüringer Gebirgs- und Wandervereins weiß ich, dass auch viele andere Menschen darauf warten, wieder loslegen zu können. Unser Verband hat über 4.000 Mitglieder, das gemeinsame Wandern ist von den Corona-Einschränkungen auch betroffen.

Wenn in der Öffentlichkeit von Sport in Zeiten der Corona-Krise die Rede ist, dann dreht sich oft alles um die 1. und 2. Bundesliga, die nun wieder startet. Kannst du als Sportsfreund dich darüber freuen?

Nein. Ich halte das Ganze für unverantwortlich, denn die Gefahr des Coronavirus ist noch keinesfalls gebannt. Zudem ist es unsolidarisch, denn es gibt noch viele andere Sportarten und nicht nur Profifußball. Und nicht zuletzt kritisiere ich daran, dass nicht nach sportlichen Gesichtspunkten entschieden wird, sondern hier ein rein wirtschaftliches Denken regiert.

Das heißt?

Wer darf denn anfangen zu spielen? Die Vereine, die ohnehin schon finanziell gut dastehen, auch wegen der hohen Fernseheinnahmen. Die 32 Vereine der 1. und 2. Bundesliga sollten für diese Saison 1.160 Millionen Euro an TV-Geldern kassieren. Die letzte Rate von 304 Millionen Euro ist davon abhängig, ob die noch ausstehenden neun Spieltage bis Ende Juni absolviert werden können. Und das soll mit dem Wiederbeginn der beiden Ligen gesichert werden. Es handelt sich um eine reine Lex Profifußball, das halte ich für völlig daneben.

Was sind deine Forderungen?

Erstens: Wenn es schon für Geisterspiele ohne Zuschauer eine Genehmigung gibt, dann muss sichergestellt werden, dass alle Fans die Möglichkeiten haben, die Spiele im frei zugänglichen Fernsehen oder kostenfrei im Internet verfolgen zu können. Und zwar bis Ende der Saison, nicht nur für ein paar Spieltage. Wer das verweigert, handelt gesundheitspolitisch fatal, denn er riskiert Fan-Ansammlungen in Stadionnähe oder private Pay-TV-Partys. Meine zweite Forderung lautet: Die Deutsche Fußball Liga GmbH, die das operative Geschäft der 1. und 2. Liga betreibt, ist in den vergangenen Jahren beim Umsatz, Gewinn und in anderen Kennziffern von Rekord zu Rekord geeilt. Jetzt sollten die Profi-Vereine der obersten beiden Ligen zeigen, dass sie in der aktuellen Notlage auch teilen können.

Wie könnte das konkret aussehen?

Ich schlage einen Solidarfonds für den Frauen- und Mädchenfußball und die unteren Spielklassen vor. Das sind die Vereine,



Foto: Markus Spiske / Pixabay

Was einmal aus der Sportlandschaft verschwunden ist, lässt sich später nicht einfach wieder neu gründen

die jetzt wegen der Corona-Beschränkungen fast am Ende sind. Sie hängen viel stärker von den Einnahmen aus Eintrittsgeldern ab, und oft haben sie nur kleine Sponsoren, die nun selbst wirtschaftlich unter Druck geraten sind und deshalb die Vereine teils nicht mehr unterstützen können. Denen muss geholfen werden. Dafür sollten mindestens ein Drittel der Fernseheinnahmen aus den Geisterspielen der 1. und 2. Liga in einen Solidarfonds fließen. Das wäre ein wichtiges Signal in die Gesellschaft.

In Thüringen hat die rot-rot-grüne Landesregierung ein Corona-Hilfspaket auf den Weg gebracht. Wird da auch dem Sport geholfen?

Ja, ich bin froh darüber, dass wir in Thüringen etwas tun, um die entstandenen finanziellen Ausfälle für Vereine abzufedern, also auch für die Sportvereine. Mit diesen Hilfen wird einerseits etwas gegen die gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise getan, denn Sportvereine sorgen für sozialen Zusammenhalt und Gemeinschaftsgefühl. Das müssen wir für die Zukunft sichern. Andererseits geht es auch darum, etwas gegen die negativen wirtschaftlichen Folgen zu tun.

Das heißt?

In Thüringen gibt es fast 3.400 Sportvereine, 46 Sportfachverbände, über 20 Kreis- und Stadtverbände. Und mit einem funktionierenden Sportleben sind auch Einnahmen für Betriebe, Hersteller, Dienstleister verbunden. Derzeit aber steht vieles noch still. Wir dürfen den Landessportbund und die Vereine nicht im Stich lassen, vor allem nicht jene, die vom Engagement Ehrenamtlicher getragen werden, und die es jetzt auch nicht einfach haben, Anträge für Hil-

fen zu stellen. Was einmal aus der Sportlandschaft verschwunden ist, lässt sich später nicht einfach wieder neu gründen.

Im Gesetz über die Corona-Hilfen, das derzeit im Landtag beraten wird, sind auch Gelder für Profivereine vorgesehen. Brauchen die das so dringend?

Profivereine, das hört sich vielleicht nach 1. Fußballbundesliga und Millionären an. Aber wir reden hier über eine ganz andere Realität: Uns geht es darum, Liquiditätseingänge in Vereinen zu verhindern, in denen Sportlerinnen und Sportler oft gerade einmal ein bisschen mehr als 1.000 Euro erhalten. Gerade diese Vereine – vom Eishockey über Rollstuhlbasketball und Tischtennis, Handball und Fußball bis zu Volleyball – sind für Thüringen sehr wichtig.

Die CDU hat einen eigenen Antrag im Landtag gestellt, um diese Vereine zu unterstützen.

Die wollen beim Sport offensichtlich nicht außen vor stehen. Zunächst hatte die CDU-Fraktion sechs Millionen für diesen Bereich gefordert. Aber als sie dann gemerkt haben, dass das schon im Entwurf der rot-rot-grünen Koalition so steht, wurde von der CDU noch eine Million draufgelegt. Entscheidend ist mir: Wir wollen für den Sport etwas tun. Und ich bin sicher nicht böse, wenn am Ende der Beratungen im Landtag sogar noch ein bisschen mehr dafür rauskommt.



Knut Korschewsky ist sportpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Marx mit Mundschutz

Karl Marx war stets voll des Lobes über Friedrich Engels, nicht zuletzt über dessen 1845 erschienenes Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“. Darin geht es auch um sich rasch ausbreitende, gefährliche Krankheiten. „Als nämlich diese Epidemie herannahte“, heißt es an einer Stelle über einen Cholera-Ausbruch im englischen Manchester, „befiel ein allgemeiner Schrecken die Bourgeoisie dieser Stadt.“ Heute macht klassenübergreifend das Coronavirus große Sorgen. Weshalb nicht nur Abstandsgebote verordnet werden. Auch Mund- und Nasenschutz helfen, die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen. Und natürlich hält sich auch unser Marx im Landtag daran.



Foto: Parlamentsreport

Eingreifendes Denken

Marx-Freund und „Cotton-Lord“: Neuerscheinungen zu Friedrich Engels

200 Jahre nach der Geburt von Friedrich Engels in Barmen sind neue Bücher erschienen, die Beachtung verdienen. Für die eher wissenschaftlich interessierten Leser*innen sei eingangs auf dem mit fast 600 Seiten umfangreichen Sammelband von Rainer Lucas, Reinhard Pfriem und Hans-Dieter Westhoff im Verlag Metropolis hingewiesen. Versammelt sind darin 21 Aufsätze – und in denen wird ein recht großer Raum der Engels-Rezeption abgedeckt.

Die Feministin Gisela Notz etwa setzt sich mit Engels' „Ursprung der Familie“ auseinander und fragt, was diese Schrift uns heute noch zu sagen hat. Adelheid Biesecker, Frigga Haug und Uta von Winterfeld denken mit Friedrich Engels im Kopf über Geschlechterverhältnisse und gesellschaftliche Naturverhältnisse nach. Engels' Stellungnahme zur Wohnungsfrage (Burghard Fieger) spielen ebenso eine Rolle wie stadtsoziologische und stadtpolitische Annäherungen an Engels' Werk (Daniel Lorberg und Katharina Simon).

Michael Brie nimmt in seinem neuen Engels-Buch eine ebenso ungewöhnliche

wie spannende Perspektive ein: Er will dem lernenden Engels zusehen, will ihn „als unseren Zeit-Genossen, als Suchenden neu“ entdecken. „Von Engels kann man lernen zu lernen. Das Wie seines auf praktisches Eingreifen zielenden Erkenntnisprozesses ist für uns heute wichtiger als das Was seiner Resultate.“ Also untersucht Brie die Zeit, „die Engels zwischen November 1842 und August 1844 in Manchester und England verbringt und die er in den Monaten danach im Elternhaus in Barmen“ auswertet. Hier werde ein Suchprozess sichtbar, der für Brie „auch für die Gegenwart“ von Bedeutung ist: Man solle von Engels „lernen, wenn man selbst auf der strategischen Suche ist“, schreibt Brie – und es ist ganz sicher angesichts der „großen Transformation“ unserer Tage und der notwendigen Orientierungssuche der gesellschaftlichen Linken heute hilfreich.

Eine weitere Neuerscheinung stammt von Michael Krätke, dessen schwungvoller Essay Engels' Verdienste unterstreicht – auch und gerade da,

wo er Marx „vorangig“. Das geht bei dem Aufsatz „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ los, der „etliche Perlen“ enthält, „die Marx wohl zu schätzen wusste“. Auch in der Sozialforschung war Engels der Vorangehende, bis heute ist die „Lage der arbeitenden Klasse in England“ ein Grunddokument der empirischen Forschung und ein Klassiker der Stadtsoziologie. Dass Engels ein früher „Grüner“ war, wird heuer sogar in eher konservativen Zeitungen gewürdigt.

Ähnlich angelegt wie Krätkes Herausgabe von „Friedrich Engels oder: Wie ein Cotton-Lord den Marxismus erfand“, der in der Reihe „Biografische Miniaturen“ im Berliner Karl Dietz Verlag erschienen ist, ist der von Bruno Kern besorgte Band „Im Widerspruch denken. Ansichten eines sanften Revolutionärs“. Als „kompakte, zeitgemäße Einführung in das Leben und Werk“ angekündigt, versammelt das Buch einige ausgewählte Schriften von Friedrich Engels, die von Kern jeweils kurz eingeordnet werden. Dabei unterstreicht auch Kern sowohl die Aktuali-

tät des Denkansatzes von Engels, der von empirisch erfahrbarer Wirklichkeit statt von politischen Wünschen ausging und der Globalisierung und Naturkrise einer auf Wachstum verpflichteten Produktionsweise schon sehr früh kritisch reflektierte. Kern verweist zudem auf die „redlichen Selbstkorrekturen“, in der „sich die Größe des Denkers“ Engels erweist. PR

Rainer Lucas, Reinhard Pfriem, Hans-Dieter Westhoff (Hrsg.): **Arbeiten am Widerspruch – Friedrich Engels zum 200. Geburtstag**, Metropolis-Verlag 2020, 596 Seiten, 48 Euro.

Michael Brie: **Sozialist-Werden. Friedrich Engels in Manchester und Barmen 1842–1845**, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019, 141 Seiten, kostenfreier Download.

Michael Krätke (Hrsg.): **Friedrich Engels oder: Wie ein Cotton-Lord den Marxismus erfand**, Karl Dietz Verlag 2020, 200 Seiten, 12 Euro.

Bruno Kern (Hrsg.): **Friedrich Engels. Im Widerspruch denken. Ansichten eines sanften Revolutionärs**, Marix Verlag 2020, 160 Seiten, 6 Euro.

Katja Maurer studierte Kultur- und Sozialanthropologie in Wien und Politische Kommunikationsforschung in Erfurt. Seit Oktober 2019 ist sie Mitglied des Thüringer Landtages und befasst sich für die Linksfraktion mit den Zukunftsthemen Umwelt, Klima- und Tierschutz. Außerdem sitzt sie für die LINKE im Erfurter Stadtrat.

Katja Maurer hat mich zu einem Interview in das RedRoXX eingeladen, ein offenes Projektbüro für die Ideen und Anliegen von jungen Menschen – und gleichzeitig das Abgeordnetenbüro von Susanne Hennig-Wellsow, Christian Schaff und ihr selbst. Als ich vom Regen aufgeweicht das kleine Ladenlokal in der Erfurter Pils 29 betrete, sitzen die drei Abgeordneten gerade zusammen mit ihren Mitarbeiter*innen beim wöchentlichen Plenum und debattieren konzentriert. Als die Versammlung beendet ist, begeben wir uns in die kleine Bibliothek im ersten Stock des Gebäudes. Vor dem prall gefüllten Bücherregal nimmt die charmant-dynamische Jungpolitikerin auf einem rustikalen, reichlich abgewetzten Sessel Platz und gibt mir einen ausführlichen Einblick in ihre politische Motivation als Abgeordnete der LINKEN.

„Ich habe als Kind relativ schnell lernen müssen, dass es unterschiedliche Klassen in dieser Gesellschaft und so etwas wie Ungerechtigkeit gibt. Damals konnte ich das überhaupt noch nicht begreifen. Erst viel später, vor allem während meiner Studienzeit, habe ich dann gelernt, in Worte zu fassen und auch ausdrücken zu können, was eigentlich Ungerechtigkeit ist und warum mir das Thema so nahe geht. Doch ich habe auch festgestellt, dass es Verbände und Vereine gibt, in denen man sich engagieren und schrittweise etwas bewirken kann.“

Nach einigen Praktika bei verschiedenen NGOs und einem ehrenamtlichen Engagement im RedRoXX wurde die Fraktionsvorsitzende und Landeschefin Susanne Hennig-Wellsow schließlich zum entscheidenden Faktor: „Ich fragte sie einfach eines Tages, ob ich zu ihr in den Landtag gehen und sie dort begleiten kann. Daraus hat sich sehr schnell etwas entwickelt, das mich heute hierher gebracht hat, sodass ich selber Politik machen kann, und zwar für die Linke, für die Partei und auch für die Fraktion. Ich kann das noch immer kaum glauben.“

Die ersten Jahre ihrer Kindheit verbrachte die heute 28-Jährige mit ihrer Familie in ihrem Geburtsland Kasachstan, bis sich ihre Mutter dazu entschloss, mit ihren Töchtern nach Deutschland überzusiedeln, um ihren Kindern eine bessere Perspektive bieten zu können. Für Katja Maurer ist Kasachstan nach wie vor „ein mythischer Ort“, auch wenn oder gerade weil ihre Erinnerungen an diese Zeit eher schemenhaft sind. „Ich kann mich noch an das Dorf erinnern, an die Birken und an die Freiheit, die ich damals als Kind genossen habe. Doch natürlich herr-



Foto: Lukas Krause

„Ein mythischer Ort“

Wie die linke Umweltpolitikerin Katja Maurer zur Politik kam

schen dort vollkommen andere Zustände, als wir es hier gewohnt sind.“

Denn obwohl das gigantische Land siebeneinhalb mal mehr Fläche als Deutschland aufweist, gehört es mit einer Bevölkerungsdichte von rund 6,8 Einwohnern pro Quadratkilometer (Deutschland im Vergleich: 233) zu den zwölf am dünnsten besiedelten Staaten der Erde. Welche Probleme unter anderem dadurch entstehen, wird ihr besonders eindrücklich bewusst, als sie im Jahr 2018 auf einer Reise nach mehr als 20 Jahren an ihren Geburtsort zurückkehrt.

Es mangle noch immer an Wasseranschlüssen. Stattdessen finde man auf dem Land Plumpsklos in praktisch jedem Haushalt. Auch Bildung und Religionsfreiheit würden ganz anders ausgelegt und ausgelebt im Vielvölkerstaat Kasachstan, der in seiner langen Geschichte schon von so vielen verschiedenen Kulturen geprägt worden sei. Amnesty International schreibe immer wieder darüber, wie die Pressefreiheit dort eingeschränkt werde, welche Probleme dort unter anderem Homosexuelle erleiden müssten. Auch der Unterschied zwischen Arm und Reich sei dort

noch einmal größer als hier. Sie sei sehr froh, in Deutschland zu leben, obgleich auch die hiesigen Verhältnisse ihre Schattenseiten offenbarten, wie beispielsweise an zunehmendem Rassismus und Rechtsextremismus, aber auch an Verschwendungssucht und Umweltverschmutzung zu erkennen sei.

Letztere und deren Auswirkungen ließen sich bei einer von Maurers Lieblingsaktivitäten, dem Wandern, unmittelbar beobachten. „In den Wäldern und an den Bäumen sind schon oft kahle und braune Stellen zu sehen. Durch den zu trockenen Boden sterben Bäume einfach ab.“ Daraus resultiere wiederum, dass Wanderwege aufgrund der Gefahr herabfallender Äste gesperrt werden müssten. Die umweltpolitische Sprecherin stellt noch eine weitere Veränderung fest: „Es gibt wesentlich weniger Singvögel als noch vor zehn oder 20 Jahren. Das ist auch eine Folge der Trockenheit. Zu wenig Wasser für Kräuter und Insekten, die den Vögeln als Nahrungsquelle dienen.“

Die These, dass die coronabedingten Einschränkungen die weltweite Umweltsituation verbessern könnten, hält Katja Maurer für zu kurz gegriffen.

Zwar lasse sich schon ein kurzfristiger Rückgang von Umweltbelastungen wie Lärm und verschmutzter Luft beobachten, die großen Klimasünden seien aber nicht einfach automatisch abgestellt. „Natürlich holen sich auch Tiere und Pflanzen relativ schnell ihre Lebensräume zurück. Aber das heißt nicht, dass es der Natur besser geht, sondern es heißt nur, dass die Natur sich Umwege sucht.“

Für Katja Maurer als LINKE hat neben einer intakten Umwelt aber auch immer das Wohlergehen der Menschen einen hohen Stellenwert. „Und gerade müssen wir leider erleben, dass die Menschen dazu gezwungen sind, weniger zu arbeiten und weniger Gehalt zu bekommen, was schnell zu einer sozialen Verschlechterung führen kann. Das heißt im Umkehrschluss möglicherweise, dass sie sogar noch billigere Produkte einkaufen müssen, seien es Kleidung oder Lebensmittel. Letztendlich schadet das der Umwelt nur noch mehr.“

Lukas Krause

Das gesamte Interview mit Katja Maurer finden Sie in der Video-Parlamentsreportage auf www.die-linke-thl.de/PR